

Kirche und Ökumene

DANTINE, JOHANNES. **Zur Konvergenzerklärung über Taufe, Eucharistie und Amt.** In: Ökumenische Rundschau Jhg. 32 Heft 1 (Januar 1983) S. 12–27.

Dantine räumt zwar ein, die Konvergenzerklärungen der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung seien ein „großer Fortschritt“ bei dem Versuch, zu gemeinsamen Formulierungen theologischer Grundaussagen zu kommen, das Schwergewicht seiner Überlegungen liegt allerdings auf der Kritik an den Lima-Erklärungen. Sie betrifft vor allem die Texte zu Eucharistie und Amt. So konstatiert Dantine einen Widerspruch zwischen der Wertung der Eucharistie als „Gabe des Herrn“ und als Danksagung und Lobopfer der Gemeinde und eine Unterbewertung des Gemeinschaftsaspekts der Eucharistie. Im ganzen stellt er fest, die zeitgenössische theologische Forschung sei nicht genügend berücksichtigt, vor allem sei die reformatorische Tradition völlig außer acht gelassen wor-

den, sowohl im Blick auf das Verständnis der Eucharistie als Opfer wie auf die Unterscheidung zwischen Klerus und Laien. Auch die Theologie der außereuropäischen Kirchen komme nicht genügend zu Wort. An den Lima-Erklärungen würden die Grenzen der bisherigen Bemühungen um Konsensdokumente deutlich: Es führe nicht zum Ziel, so etwas wie ein „apostolisches Mittel“ herauszuarbeiten; Ökumene könne nicht heißen, daß ein Traditionsstrang seine Denkgesetze anderen aufzwingt.

SLENCZKA, REINHARD. **Synode zwischen Wahrheit und Mehrheit.** In: Kerygma und Dogma Jhg. 29 Heft 1 (Januar/März 1983) S. 66–81.

Dem Beitrag geht es um „dogmatische Überlegungen zur synodalen Praxis“ der evangelischen Kirche. Slenczka beklagt, daß sowohl nach den geltenden kirchlichen Grundordnungen wie nach ihrem eigenen

Selbstverständnis die Synoden zu sehr als eine Art Parlament verstanden würden, daß damit Meinungserhebung und Mehrheitsbildung Wesen und Aufgabe einer Synode ausmachten. Demgegenüber möchte er die Synode stärker von ihrer geistlichen Wirklichkeit her verstehen: „Sie steht dann nicht unter der Gewaltenteilung neuzeitlicher Verfassungen, sondern zuerst einmal unter der Verheißung und Vollmacht des Heiligen Geistes.“ Die im Protestantismus herrschende theologische Unklarheit darüber, ob und wann Konzile bzw. Synoden die Wahrheit sagten, zeige ihre Folgen in der synodalen Praxis: die Wahrheitsfrage werde oft prinzipiell abgewiesen. Slenczka will den Synoden über die legislativen und administrativen Geschäfte hinaus ein „Lehramt“ zusprechen. Sie hätten den Auftrag, darüber zu wachen, daß es in der Gemeinde Jesu Christi nicht nur mit der Verwaltung und Ordnung, sondern auch mit Lehre und Leben stimme.

Personen

Anlässlich ihres Ad-limina-Besuchs Ende Januar erinnerte *Johannes Paul II.* die niederländischen Bischöfe an die Sondersynode von 1980, die „bleibender Richtungsanzeiger für das kirchliche Leben“ in den Niederlanden sei. Er ermahnte die Bischöfe, ihrer Aufgabe als Lehrer des Glaubens zu entsprechen, betonte die Notwendigkeit, die Liturgie nach den offiziellen liturgischen Büchern zu feiern und rief zu Anstrengungen für den Priesternachwuchs auf. Dabei wies er auf das Schreiben Kardinal Willebrands' über das Priesterliche Amt vom Frühjahr 1982 hin (vgl. HK, August 1982, 371–373).

Für beträchtliche Aufregung im französischen Katholizismus sorgte ein Vortrag über „Weitergabe des Glaubens und Quellen des Glaubens“, den Kardinal *Joseph Ratzinger* Mitte Januar in Lyon und Paris hielt. Der Präfekt der Glaubenskongregation übte darin Kritik an der „neuen Katechese“, die nicht mehr den Mut habe, den Glauben als organisches Ganzes darzustellen und die den „Text“ des Glaubens nicht ausreichend vom „Kommentar“ unterscheidet. Die eher allgemein gehaltenen Ausführungen Ratzingers wurden teilweise als Kritik an der katechetischen Konzeption der französischen Kirche verstanden. Seit 1967 gibt es in Frankreich keinen offiziellen Einheitskatechismus mehr; die Bischöfe erarbeiteten als Alternative einen „texte de référence“ für die Katechese.

Im Alter von 77 Jahren verstarb am 3. Februar Kurienkardinal *Antonio Samorè*. Der 1967 von Paul VI. zum Kardinal kreierte Samorè war von 1968 bis 1974 Präfekt der Sakramentenkongregation; seither hatte er die Leitung von Bibliothek und Archiv des

Vatikans inne. 1978 betraute Johannes Paul II. den Kardinal, der früher einmal Nuntius in Bogotá und später Präsident der päpstlichen Kommission für Lateinamerika gewesen war, mit der Leitung der von ihm initiierten Vermittlungsgespräche zwischen Argentinien und Chile im Konflikt um den von beiden Ländern beanspruchten Beagle-Kanal.

Seinen diesjährigen Fastenhirtenbrief widmete Kardinal *Joseph Höffner* dem Thema Arbeit und Arbeitslosigkeit. Der Kölner Erzbischof forderte darin unter anderem kinderlose Ehegatten, die beide berufstätig seien, auf, zu überlegen, ob nicht einer von ihnen auf seine Stelle verzichten sollte, um auf diese Weise einem kinderreichen arbeitslosen Familienvater zu einer Stelle zu verhelfen. Es sei Sache der Kirche zur Überwindung von Enttäuschung, Verbitte-rung, Zermürbung und Beschäftigungsmangel als Folgen der Arbeitslosigkeit beizutragen. An die Pfarreien appellierte der Kardinal, die Zahl der Arbeitslosen in der Gemeinde festzustellen und Notfälle ausfindig zu machen.

In einer Abschiedsrede vor der Synode der nordelbischen Kirche wies der aus seinem Amt geschiedene Hamburgische (lutherische) Bischof *Hans-Otto Wölber* auf tiefgreifende Strukturveränderungen evangelischer Kirchlichkeit hin: Die Volkskirche alten Stils habe ihren Rückhalt in der Gesellschaft verloren, während es „ganz fern“ Anzeichen gebe, „daß das Christentum im Begriffe ist, sich zu einer Jugendreligion umzufunktionieren“. Manchmal habe er den Eindruck, daß die in den Familien verlorene Heimat in der Kirche aufgefangen werden könne.

Der polnische Außenminister *Stefan Olszowski* sprach sich auf einer Pressekonferenz Anfang Februar in Warschau für die Aufnahme normaler diplomatischer Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und dem Vatikan aus. Auf die Frage, was darunter zu verstehen sei, antwortete der Minister, die „Einrichtung einer Apostolischen Nuntiatur in Warschau in beiderseitigem Einverständnis“. In der gleichen Pressekonferenz war Olszowski bemüht, die aktuellen Beziehungen zum Vatikan als möglichst positiv darzustellen. Die Politik des Vatikans und des Papstes persönlich werde von der Regierung „mit Respekt“ bedacht. Der für die zweite Junihälfte dieses Jahres vorgesehene zweite Besuch Johannes Pauls II. in seiner Heimat könne einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Beziehungen sowohl zwischen Staat und Kirche wie zwischen Polen und dem Vatikan leisten.

Am 26. Januar wurde in seinem Wohnort Vidukle der litauische Pfarrer *Alfonsas Svarinskas* verhaftet. Svarinskas ist einer der Mitbegründer des „Katholischen Komitees zur Verteidigung der Rechte der Gläubigen“. Nach einer TASS-Meldung vom 27. Januar wird dem Geistlichen „staatsfeindliche Tätigkeit“ und das „Schüren von Feindschaften zwischen Gläubigen verschiedener Nationalitäten“ vorgeworfen. Außerdem wird Svarinskas von den Behörden beschuldigt, „Unterstützung seitens der Sonderdienste einiger kapitalistischer Staaten“ angenommen zu haben.

Beilagenhinweis
Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Verlags Herder, Freiburg, bei.